

Zweckverband Nahverkehr Westfalen – Lippe NWL

13. Sitzung der Verbandsversammlung des NWL am 28.09.2010 in Unna

Öffentliche Sitzung

TOP: 2

Vorlage: 69/10

Änderung des ÖPNV-Gesetzes NRW

Grundlagen:

ÖPNV-Gesetz NRW

Berichterstatter:

Herr Bastisch

Begründung:

- siehe Fortsetzungsblätter –

Kosten:

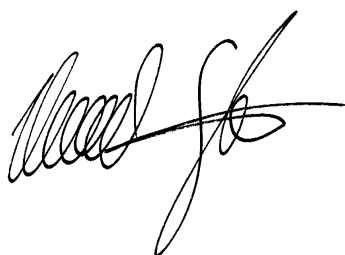
Keine

Beschlussfassung NWL:

Vorherige Zustimmung der Mitgliedsverbände erforderlich:	Ja:		Nein:	X
Einfache Mehrheit:	X	$\frac{2}{3}$ Mehrheit:		Einstimmig:

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung nimmt den vorliegenden Entwurf der Stellungnahme zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes NRW zur Kenntnis. Dem Inhalt der Stellungnahme wird zugestimmt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Winfried Stork', written in a cursive style.

Winfried Stork
Verbandsvorsteher NWL

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Paul Breuer', written in a cursive style.

Paul Breuer
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Änderung des ÖPNV-Gesetzes NRW**Öffentliche Sitzung****Begründung**

Mit Schreiben vom 19.08.2010 legt das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr in NRW (ÖPNVG NRW) vor. Der NWL ist aufgefordert, bis zum 23.09.2010 eine Stellungnahme hinsichtlich der geplanten Änderung des ÖPNVG NRW abzugeben.

Im Wesentlichen handelt es sich bei dieser Gesetzesänderung um die zeitliche Verschiebung der Revision gemäß § 11 Abs. 5 ÖPNVG NRW, um die Einführung eines Schätzverfahrens bei Auskunftsverweigerung sowie um die ausdrückliche Untermauerung der Auskunftspflicht der Aufgabenträger gemäß § 16 Abs. 8 ÖPNVG NRW.

Zugleich wird eine eigenständige Pauschale für die ÖPNV-Aufgabenträger geschaffen, um die bisher durch die Mittel nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) geleistete Schüler- und Ausbildungsverkehre abzusichern. Dieser Teil wird von der Stellungnahme des NWL nicht berührt.

Als Anlage beigefügt ist der Entwurf der Stellungnahme, Stand 14.09.2010. Dieser Entwurf ist zugleich dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und dem Nahverkehrsverbund Rheinland (NVR) zugeleitet worden mit dem Ziel, eine gemeinsame Stellungnahme zur Gesetzesänderung zu entwickeln.

Bis zum Zeitpunkt des Erstellens dieser Vorlage lagen noch keine abschließenden Rückmeldungen von VRR und NVR dazu vor, so dass der beiliegende Entwurf als Arbeitsgrundlage für eine gemeinsame Stellungnahme der drei NRW-Verkehrsräume anzusehen ist.

Inhaltlich kritisiert die Stellungnahme die mit der zeitlichen Verlagerung der Revision verbundene Rückwirkung ab Januar 2011, da diese faktisch mit den vertraglichen Verpflichtungen des Aufgabenträgers kollidiert und ggf. gegen das Rückwirkungsverbot von gesetzlichen Normen verstößt.

Auch die Verpflichtung zur Auskunftserteilung wird in Frage gestellt, da diese nicht das vorliegende Problem der Vorbehalte gegen den mit der Umsetzung beauftragten Gutachter löst und zudem Konflikte mit dem § 3 b des Verwaltungsverfahrensgesetz (VerwVfG NRW) zu befürchten sind.

Im Ergebnis wird die Gesetzesänderung in der vorliegenden Form abgelehnt und statt dessen ein kooperatives Miteinander von Ministerium und Aufgabenträger angeregt, um die gesetzlich definierte Revision der SPNV-Mittel gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen.